FOOD FIRST

NR. 2/26

INITIATIVEN FÜR DAS RECHT AUF NAHRUNG

INTERVIEW: „WENN WIR ERNÄHRUNGSSOUVERÄNITÄT ERNST NEHMEN, MÜSSEN WIR AUCH GLOBALE STRUKTUREN VERÄNDERN“
SEITE 2

FRANKREICH: SOZIALVERSICHERUNG FÜR ERNÄHRUNG
SEITE 7

HUNGER.MACHT.PROFITE.: ZWEI JAHRZEHNTE FILME GEGEN UNGLEICHHEIT IM ERNÄHRUNGSSYSTEM
SEITE 12

FIAN ÖSTERREICH
INT. MENSCHENRECHTS ORGANISATION FÜR DAS RECHT SICH ZU ERNÄHREN

MAGAZIN FÜR DAS MENSCHENRECHT AUF NAHRUNG VON FIAN ÖSTERREICH

DAS RECHT AUF NAHRUNG AUF DEN OHREN

Mitte März startete die **neue Podcastreihe „FoodFirst"** von FIAN Österreich.
Alle sechs Monate erscheint FoodFirst und zeigt in drei Podcast-Folgen, wie Ernährungssysteme gerechter gestaltet werden können. Die Podcastreihe analysiert politische Rahmenbedingungen, beleuchtet internationale Prozesse und stellt konkrete Lösungsansätze vor: von agrarökologischer Landwirtschaft bis hin zu einer gerechteren Verteilung von Land und Ressourcen.
In der zweiten Staffel **„Demokratiekrise im Ernährungssystem?"** widmen wir uns in drei Kapiteln der Frage, was unser Ernährungssystem mit Demokratie zu tun hat, wo es an der Umsetzung hapert und was wir mit Blick auf unser Ernährungssystem für unsere Demokratie lernen können.
Überall wo es Podcasts gibt!





MENSCHENRECHTE STATT GESCHENKE

Ihnen steht ein großes Fest ins Haus und Sie wünschen sich keine Gutscheine, Blumensträuße oder Weinflaschen? Dann entscheiden Sie sich für eine Spende an FIAN statt Geschenke. Stellen Sie eine Spendenbox für Ihre Gäste auf und überweisen Sie dann einfach den gesammelten Betrag auf unser Spendenkonto

IBAN: AT73 2011 1294 1590 3600

BIC: GIBAATWWXXX

Bitte geben Sie als Verwendungszweck **"Spenden statt Geschenke"** an. Gerne schicken wir Ihnen Infomaterial für Ihr Fest zu, damit Sie Ihren Gästen zeigen können, wofür die Spenden gesammelt werden.

Schreiben Sie uns eine E-mail an **office@fian.at** oder rufen Sie an: **01 - 2350239**.

Ihre FIAN-Spende ist steuerlich absetzbar.
Bitte geben Sie hierfür bei Ihrer Spende Name, Geburtsdatum und Adresse an oder melden Sie sich unter **office@fian.at.**

Herzlichen Dank!

EDITORIAL

LIEBE LESER:INNEN,

Menschenrechte stehen global unter Druck. Das betrifft auch das Recht auf Nahrung: Weltweit sind gemäß aktueller Zahlen der FAO 2,3 Milliarden Menschen von sogenannter Ernährungsunsicherheit betroffen, und auch in Österreich können sich 1,1 Millionen Menschen keine gesunde Ernährung leisten. Solidarisches Handeln auf globaler Ebene wäre dringend nötig, zentrale politische Entscheidungen werden aber immer mehr auf Interessen und Profitmaximierung ausgerichtet.
Umso erfreulicher ist es, dass dennoch eine Vielzahl an Initiativen entsteht, um das Recht auf Nahrung zu stärken. Einige dieser Geschichten möchten wir im aktuellen Heft veranschaulichen.
Morgan Ody gibt im Interview inspirierende Einblick, warum sie sich als Generalkoordinatorin der internationalen Bäuer:innenbewegung La Via Campesina für ein gerechtes Ernährungssystem engagiert.
Zudem erzählt Elisabetta Recine von CONSEA vom Kampf für demokratische Mitsprache in Brasiliens Ernährungssystem.
Auch in Europa gibt es erfreuliche Initiativen. Etwa das Modellprojekt caisse alimentaire commune in der französischen Stadt Montpellier. Von dieser Sozialversicherung für das Recht auf Nahrung berichten wir in der aktuellen Ausgabe.
In Österreich hat FIAN ebenfalls erfreuliches zu berichten. Im Frühherbst haben die Teilnehmer:innen unseres agrarökologischen Lehrgangs ihre Multiplikator:innen-Zertifikate erhalten. Zudem war das 20-jährige Jubiläum von Hunger.Macht.Profite. ein voller Erfolg mit spannenden Filmen und Diskussionen in der Stadt und am Land.
Ende dieses Jahres geht es auch gleich weiter: Ende November erwarten wir Besuch von FIAN Indonesien, FIAN Deutschland und FIAN International. Dazu haben wir eine Reihe von Veranstaltungen geplant. Alle Infos finden Sie auch Seite 16.

Ich wünsche eine spannende Lektüre!

Lukas Schmidt, Geschäftsleiter FIAN Österreich

THEMA

2 *Interview„Wenn wir Ernährungssouveränität ernst nehmen, müssen wir auch globale Strukturen verändern"*
4 *Interview: CONSEA – der Kampf der Zivilgesellschaft für das Recht auf Nahrung*
6 *Brasilien: Schulspeisungen stärken Recht auf Nahrung*
7 *Frankreich: Sozialversicherung für Ernährung*

WELTWEIT

8 *Kambodscha: Landraub durch Kautschuk-Plantage*

BERICHTE

10 *FIAN-Lehrgang: Zusammen agrarökologische Schritte gehen*
12 *Hunger.Macht.Profite.: Zwei Jahrzehnte Filme gegen Ungleichheit im Ernährungssystem*
14 *Netze des Widerstands: Feministische Perspektiven auf Klimagerechtigkeit und Ernährungssouveränität aus Valencia*
15 *Ernährungssysteme transformieren und Mitsprache sichern, um die Rechte künftiger Generationen zu schützen*

ANKÜNDIGUNG & EINLADUNG

16 *Im November ist FIAN Indonesien zu Gast in Wien*

INTERVIEW

„WENN WIR ERNÄHRUNGSSOUVERÄNITÄT ERNST NEHMEN, MÜSSEN WIR AUCH GLOBALE STRUKTUREN VERÄNDERN“

Morgan Ody, Kleinbäuerin und Generalkoordinatorin der internationalen Bäuer:innenbewegung La Via Campesina, setzt auf Ernährungssouveränität und solidarische Kämpfe. Im Interview spricht sie über die Macht großer Agrarkonzerne, feministische Veränderungen innerhalb der Bewegung und den zunehmenden Rechtsruck in ländlichen Regionen. Und darüber, warum es gerade in Krisenzeiten Hoffnung und gemeinsame Organisierung braucht. Denn die Demokratisierung unserer Ernährungssysteme ist nicht nur eine Frage der Landwirtschaft, sondern auch eine Voraussetzung für gesellschaftlichen Wandel und eine gerechtere Zukunft.

Morgan, du bist Kleinbäuerin und Generalkoordinatorin von La Via Campesina International. Wie bist du dazu gekommen?
Ich bin Kleinbäuerin in der Bretagne und baue auf einem kleinen Biobetrieb Gemüse an, das ich lokal verkaufe. Seit ich Bäuerin bin, engagiere ich mich in der französischen Confédération Paysanne.
Mit 19 habe ich bereits La Via Campesina kennengelernt; zunächst als freiwillige Dolmetscherin bei internationalen Treffen und danach mit immer mehr Verantwortungen auf lokaler Ebene. Später hat mich die Confédération Paysanne gebeten, das Mandat als Generalkoordinatorin von La Via Campesina zu übernehmen.

Was bedeutet es heute, Bäuer:in in Europa zu sein?
Für mich war es eine Möglichkeit, ein sinnvolles Leben zu führen, etwas Nützliches zu tun und gesunde Lebensmittel zu produzieren. Gerade heute ist es nicht so einfach, eine sinnvolle Arbeit und einen sinnvollen Alltag zu haben. Aber ich glaube nicht, dass wir die Welt verändern können, wenn wir nur im eigenen Leben das Richtige tun. Es braucht auch kollektive Organisierung und soziale Bewegungen. Für mich gehören beiden Seiten zusammen.

Du hast gerade soziale Bewegungen angesprochen. Warum ist es so wichtig, sich für Ernährungssysteme und Landwirtschaft einzusetzen?
Für alle Menschen, nicht nur für Bäuer:innen, ist es ein sehr konkreter Weg, Veränderungen zu bewirken, wenn wir die kollektive und demokratische Kontrolle über Ernährung zurückgewinnen. Es geht um unsere Territorien, um Land und Wasser, um Preise und Einkommen.
Wenn wir Ernährungssouveränität ernst nehmen, müssen wir auch globale Strukturen verändern, insbesondere den Internationalen Handel und die Macht großer Unternehmen über Märkte und Preise.
La Via Campesina entwickelte die Idee der Ernährungssouveränität in den 1990er-Jahren als Gegenentwurf zu der neoliberalen Vorstellung, Hunger könne durch die Globalisierung des Handels und sinkende Lebensmittelpreise gelöst werden. Dabei wurde übersehen, dass gerade Kleinbäuer:innen häufig selbst von Hunger betroffen sind. Wenn die Preise für Lebensmittel sinken, sinken auch ihre Einkommen.
Eine wirtschaftliche Globalisierung unter der Kontrolle großer Konzerne wird den Hunger nicht lösen. Wenn wir Hunger wirklich beseitigen wollen, brauchen wir eine umfassende Demokratisierung der Ernährungssysteme.

Und wie hat sich die Bewegung seither weiterentwickelt?
Beim ersten Nyéléni-Forum 2007 ging es darum, die Bewegung für Ernährungssouveränität auszuweiten und Bündnisse mit Umweltorganisationen, feministischen und antirassistischen Bewegungen und Gewerkschaften aufzubauen, um die großen Konzerne herauszufordern. Beim letzten Nyéléni-Forum 2025 haben wir Ernährungssouveränität mit einer systemischen Transformation verbunden. Kapitalismus, Patriarchat, Rassismus, Extraktivismus und Imperialismus hängen miteinander zusammen. Deshalb müssen sich auch die Bewegungen miteinander verbinden.

Was hat sich in den vergangenen zwanzig Jahren am stärksten verändert?
Ich glaube, wir waren ziemlich erfolgreich darin, die wirtschaftliche Globalisierung zu kritisieren. Heute glauben nur noch sehr wenige Menschen, dass Globalisierung unsere Probleme lösen wird. Trotzdem existiert dieses System weiterhin. Die EU schließt weiterhin Freihandelsabkommen ab, obwohl dieses Modell kaum noch politische Legitimität hat.



© Morgan Ody

Wir vertreten die Auffassung, dass Menschen auf unterschiedlichen Ebenen selbst über Ernährungssysteme entscheiden sollten. Handelspolitik sollte dem öffentlichen Interesse dienen: gesunden Lebensmitteln, dem Schutz der Umwelt und den Menschenrechten.

Und was hat sich innerhalb der Bewegung verändert?
Wir dürfen die Bedeutung des Feminismus nicht unterschätzen. In den 1990er-Jahren waren bäuerliche Bewegungen noch sehr patriarchal geprägt. Ich bin erst die zweite Generalkoordinatorin von La Via Campesina. Das wäre in den 1990ern wohl nicht möglich gewesen. Im Jahr 2000 beschlossen wir, dass jede Region durch einen Mann und eine Frau vertreten sein soll. Anfangs war das schwierig. Aber inzwischen sind viele Frauen dazugekommen. Das verändert die Kultur der Bewegung. Die Treffen sind weniger konfrontativ, es geht stärker darum, einen Konsens zu finden. Wir haben uns außerdem viel stärker für junge Menschen geöffnet. Der Generationenwechsel in der Landwirtschaft ist enorm wichtig.
Gemeinsam mit feministischen Perspektiven ist auch Care viel stärker ins Zentrum gerückt. Wir sehen uns nicht mehr nur als Produzent:innen, sondern auch als Menschen, die Sorge tragen – für die Gemeinschaft, für die Natur und für die Tiere, mit denen wir arbeiten.

Gleichzeitig erleben wir einen starken Rechtsruck, gerade auch in ländlichen Regionen. Wie erklärst du dir das?
Ich glaube, dass die Erzählung, ländliche Räume seien grundsätzlich reaktionär, sich selbst verstärken kann. Je öfter wir erzählen, dass ländliche Räume von Natur aus nach rechts tendieren, desto mehr schaffen wir genau diese Realität.
Wir müssen uns die Geschichte ansehen. Es gibt sehr reale Traditionen emanzipatorischer Beteiligung von Bäuer:innen. Mich fasziniert etwa der Deutsche Bauernkrieg im 16. Jahrhundert, in dem sich Bäuer:innen gegen die feudale Ordnung auflehnten und Gleichheit und Freiheit forderten.
Wir müssen aber auch ehrlich über die Beteiligung von Bäuer:innen an Faschismus und Nationalsozialismus sprechen. Diese Geschichte ist jedoch viel bekannter als ihre Beteiligung an egalitären Bewegungen. Es ist keineswegs zwangsläufig, dass ländliche Menschen von der extremen Rechten vereinnahmt werden.

Warum sind rechtsextreme Narrative für manche Bäuer:innen trotzdem attraktiv?
Es gibt etwas in der bäuerlichen Identität, das sich relativ leicht vereinnahmen lässt. Die extreme Rechte propagiert die Vorstellung von den „guten Produzenten“, den hart arbeitenden Menschen, im Gegensatz zu angeblichen „Parasiten“: Spekulanten, Intellektuellen, Kunstschaffenden und auch migrantischen Arbeitskräften, denen sie unterstellt, staatliche Unterstützung zu beziehen. Bäuer:innen sind zu Recht stolz darauf, hart zu arbeiten. Aber ihre Wut lässt sich über solche Narrative leicht politisch vereinnahmen. Demgegenüber brauchen wir eine klare Klassenkampfperspektive. Wir sind Teil der Arbeiterklasse und müssen solidarisch mit anderen Beschäftigten faire Einkommen und Arbeitsbedingungen fordern. Die Erzeugerpreise sind oft zu niedrig, die Machtverhältnisse gegenüber Handel und Agrarindustrie ungerecht.

Wie können Menschen in Städten Verbündete sein?
Wir müssen Bündnisse zwischen Beschäftigten in Stadt und Land schaffen. Besonders mit Menschen in der Pflege und Bildung sehe ich großes Potenzial. Wir müssen weg vom Vorrang des Profits. Dazu gehören auch Genossenschaften und Solidarität zwischen denen, die Lebensmittel produzieren, und denen, die sie essen.

Was braucht es für die Zukunft der Landwirtschaft?
Angesichts der Umweltkrise brauchen wir mehr Menschen, die sich um das Land kümmern. Dafür braucht es Agrarreformen, Zugang zu Land und faire Einkommen. Niemand verliebt sich in die Landwirtschaft, wenn das bedeutet, in Armut zu leben. Und wir müssen Kriege stoppen, die Menschen von ihrem Land vertreiben.

Was gibt dir Hoffnung?
Es sind schwierige Zeiten. Aber wir müssen uns öffnen und gemeinsam etwas aufbauen. Alles, was wir haben, ist einander. Solidarität gibt uns die Möglichkeit, die Realität zu verändern. Das zeigt die Geschichte. Unser Motto lautet: „Globalized struggles, globalized hope“ Wir brauchen Menschen, die auf die Straße gehen und kämpfen, aber immer mit Freundschaft und Hoffnung.

Das Interview führte ***Agnes Sieben*** für FIAN Österreich.

INTERVIEW

CONSEA – DER KAMPF DER ZIVILGESELLSCHAFT FÜR DAS RECHT AUF NAHRUNG

Das folgende Interview mit CONSEA-Präsidentin Elisabetta Recine schildert den Kampf der brasilianischen Zivilgesellschaft um Mitsprache bei der staatlichen Ernährungspolitik. Unter anderem geht Recine darauf ein, wie das Recht auf Nahrung mit der demokratischen Bewegung des Landes verknüpft war und wie die hart erkämpften Strukturen unter der Regierung Jair Bolsonaros gezielt angegriffen wurden.



Elisabetta Recine, © Maria Alice dos Santos

Könnten Sie kurz erklären, was CONSEA ist, wie es funktioniert und warum es für die Ernährungspolitik in Brasilien so wichtig war?

In den 1990er-Jahren gab es in Brasilien eine große Bewegung für Ethik in der Politik und gegen den Hunger. In diesem Moment, Anfang der 1990er-Jahre, begann das, was wir die erste Phase von CONSEA nennen.

Zwischen 2003 und 2006 begannen wir innerhalb von CONSEA zu diskutieren, dass wir auf Gleichheit ausgerichtete Politiken und Programme brauchen, aber dass das nicht genügt. Es reicht nicht aus, Hunger, Armut oder Ungleichheit nur mit einzelnen guten Programmen zu bekämpfen. Wir brauchen etwas, das die verschiedenen Regierungssektoren koordiniert und wechselseitige Verpflichtungen zwischen ihnen schafft, unter Beteiligung der Zivilgesellschaft.

Wir schlugen unserem Kongress ein Gesetz vor, das 2006 verabschiedet wurde und ein nationales System für Ernährungs- und Nahrungssicherheit einrichtete, das wir SISAN nennen. SISAN hat zwei Säulen: erstens die Intersektoralität, mit einer interministeriellen Kammer auf Bundes-, Länder- und kommunaler Ebene, und zweitens die Beteiligung der Zivilgesellschaft und die soziale Kontrolle, die CONSEA auf Bundesebene verkörpert.

In CONSEA ist die brasilianische Gesellschaft sehr breit vertreten. Wir haben Bäuer:innen sowie Kleinbäuer:innen, aber auch Vertreter:innen städtischer Bewegungen, Menschenrechtsverteidiger:innen, Vertreter:innen der Schwarzen Bewegungen, indigene Völker und obdachlose Menschen. Die Zusammensetzung von CONSEA ist sehr wichtig, denn zwei Drittel der Mitglieder sind Vertreter:innen der Zivilgesellschaft und ein Drittel kommt aus den Regierungssektoren. Das kann unsere Diskussion bereichern, weil wir verschiedene Perspektiven auf dasselbe Problem haben. Und es gibt der Regierung die Möglichkeit, einen spezifischeren Ansatz zu verfolgen, der auf den unterschiedlichen Realitäten beruht, mit denen wir hier konfrontiert sind.

Ein weiterer Punkt ist, dass wir formal ein beratendes Gremium des Präsidenten der Republik sind. Wir können den Präsidenten über verschiedene Instrumente erreichen, um unsere Positionen, unsere Prioritäten oder unsere Empfehlungen vorzutragen. Unsere Vorschläge richten wir auch an diese interministerielle Kammer.

Können Sie Beispiele nennen, wie CONSEA zur Verwirklichung des Rechts auf Nahrung beigetragen hat?

Ich denke, einer unserer Erfolge war, das nationale System SISAN selbst. Ein weiterer ist der Mindestanteil am Bundesbudget für das Schulmahlzeiten-Programm: 30 Prozent müssen aus der bäuerlichen Familienlandwirtschaft stammen, inzwischen sind es 45 Prozent. Der Vorschlag, diesen spezifischen Markt zu schaffen und Lebensmittel für die Schulspeisung öffentlich zu beschaffen, ist in CONSEA entstanden. Viele unserer Erfolge oder der brasilianischen Politiken, die für uns wirklich wichtig sind und in gewisser Weise zu unseren Ergebnissen beigetragen haben, gingen aus praktischer Erfahrung und aus der Zivilgesellschaft hervor. Ein Beispiel ist das Programm, um den Zugang zu Wasser in den semiariden (sehr trockenen und regenarmen) Gebieten Brasiliens zu verbessern. Am Anfang war das eine Gemeinschaftserfahrung einer zivilgesellschaftlichen Organisation, und heute ist es eine öffentliche Politik. Es beschränkt sich nicht mehr auf diese Region im Nordosten Brasiliens, sondern hat sich zum Beispiel auch in den Amazonas und in den Süden Brasiliens ausgebreitet. Das Programm zum Zugang zu Wasser ist also eine unserer Strategien, die wir stärken und als öffentliche Politik verteidigen.

Ein weiteres Beispiel ist die nationale Mobilisierung, um das Recht auf Nahrung in unserer Verfassung zu verankern. Wir hatten dem Kongress einen Vorschlag vorgelegt, der angenommen wurde, und seit 2010 steht das Recht auf Nahrung in unserer Verfassung.

Was geschah mit CONSEA und der breiteren Beteiligung an der Ernährungspolitik während der Regierungszeit Bolsonaros?

CONSEA wurde von 2019 bis 2022 aufgelöst. In dieser Zeit riefen wir jedoch eine Volkskonferenz für Ernährungssouveränität und Ernährungs- und Nahrungssicherheit ins Leben. Das war ein formeller Zusammenschluss verschiedener Organisationen und zivilgesellschaftlicher Bewegungen, der gegründet wurde, um die Agenda und die öffentlichen Politiken zu verteidigen. Wir machten öffentlich, dass Bolsonaro für die 33 Millionen Menschen in Brasilien verantwortlich ist, die Hunger litten.

Im Jahr 2022 waren wir sehr aktiv, um uns für die Rückkehr der öffentlichen Politiken und die Wiedereinsetzung von CONSEA einzusetzen. Als Präsident Lula Ende 2022 die Wahl gewann, legten wir dem für den Übergang zuständigen Team unsere Agenda vor, um alle Politiken wiederherzustellen und CONSEA im Februar 2023 wiedereinzusetzen. Wir legten dem Präsidenten und der interministeriellen Kammer unsere Vorschläge vor, und sie arbeiteten daraus unseren jetzigen dritten nationalen Plan aus. Das ist ein sehr breiter Vorschlag aus verschiedenen Sektoren zur Verwirklichung des Rechts auf Nahrung. Die Armut nahm zu, alles war wirklich schwierig, aber wir konnten mobilisiert bleiben. Das ermöglichte uns, die Wiedereinsetzung des Rates vorzuschlagen und die Neuorganisation der Politiken zu unterstützen.

Sehen Sie einen direkten Zusammenhang zwischen der demokratischen Krise, dem Aufstieg autoritärer Tendenzen und der Schwächung nachhaltiger Ernährungssysteme?

Ja. Ich denke, eine der wichtigsten Zutaten, die wir für all das brauchen, ist die Demokratie. Wir können viele Probleme mit der Demokratie haben und vor vielen Herausforderungen stehen, aber sie ist der einzige Weg, auf dem Menschen sagen können, was sie brauchen, was sie erleben und was sie wollen. Es ist kein perfekter Prozess, aber wir brauchen das Recht, uns auszudrücken und uns so zu organisieren, wie wir es wollen.

Demokratie und der gerechte Wandel der Ernährungssysteme, also die Verwirklichung des Rechts auf Nahrung, sind daher die wichtigste Zutat für all das. Es ist das Recht, unsere Bedürfnisse so auszudrücken, wie wir es wollen. Natürlich unterscheidet sich Armut bei indigenen Völkern sehr von der in städtischen Gebieten. Sie brauchen spezifische Politiken und eine Möglichkeit, ihre Bedürfnisse in ihrer Besonderheit auszudrücken. Ich denke also, dass alles miteinander verbunden ist; wir können nicht das eine ohne das andere haben.

Was sind derzeit die größten Herausforderungen für CONSEA?

Unsere größte Herausforderung ist, glaube ich, dass es für die Menschen und für die Politik einfacher ist, an Hunger zu denken und nicht an das Recht auf Nahrung.

Natürlich ist es wichtig, den Hunger zu bekämpfen, aber wir können nicht glauben, dass wir den Hunger nachhaltig bekämpfen, wenn wir nicht über strukturelle Veränderungen nachdenken. Ich spreche von Rassismus, Geschlechterungleichheit, dem Zugang zu Land und Territorien, also von dem, was wir die Wurzeln unserer Ungleichheiten nennen.

Welche Lehren könnten wir aus Ihrem Beispiel für Österreich und ganz Europa ziehen?

Ich denke, es gibt keinen anderen Weg, als sich zu organisieren. Es ist traurig festzustellen, dass die Mehrheit der Regierungen Angst vor ihrem eigenen Volk hat.

Wir müssen also Strategien eröffnen, um einen formellen Dialog zwischen Regierung und Zivilgesellschaft zu führen, in einem formalen Verfahren. Wir brauchen einen dauerhaften Prozess, damit die Zivilgesellschaft Zugang zum Dialog mit den verschiedenen Regierungssektoren hat. Und wir müssen es für Regierungen selbstverständlicher machen, dass sie auch außerhalb von Wahlen mit ihrem Volk sprechen müssen. Demokratie braucht Wahlen, aber sie genügen nicht. Wir brauchen dauerhaftere Wege des Dialogs zwischen den verschiedenen Bereichen der Gesellschaft und der Regierung.

Das Interview führte ***Sandra Wagner*** für FIAN Österreich.

RECHT AUF NAHRUNG



© comunicação | Juntos para servir

BRASILIEN: SCHULSPEISUNGEN STÄRKEN RECHT AUF NAHRUNG

Brasilien baut seine erfolgreichen Programme für Schulspeisungen weiter aus. Künftig müssen 45 Prozent der Lebensmittel direkt von bäuerlichen Familienbetrieben bezogen werden – mit Vorrang für Frauen, indigene Gemeinschaften und Landreformsiedlungen. FIAN begleitet diese Entwicklung seit vielen Jahren.

Das brasilianische Schulspeisungsprogramm (PNAE) gilt als Vorbild für die Umsetzung des Rechts auf Nahrung. Mit einem Jahresbudget von 5,5 Milliarden Real (rund 850 Millionen Euro) zählt das PNAE zu den weltweit größten Programmen zu Schulspeisung und erreicht nahezu 40 Millionen Schüler:innen. Gleichzeitig stärkt es die lokale Landwirtschaft, indem Schulen Lebensmittel direkt von kleinbäuerlichen Betrieben beziehen.
Mit einem neuen Gesetz wurde dieser Ansatz nun deutlich ausgebaut: Seit 2026 müssen mindestens 45 Prozent der Mittel in den Einkauf von Produkten aus der bäuerlichen Landwirtschaft fließen – bislang waren es 30 Prozent. Besonders berücksichtigt werden Erzeugnisse aus indigenen und afrobrasilianischen Gemeinden sowie Frauenkooperativen. Damit verbindet Brasilien Ernährungssicherung, ländliche Entwicklung und soziale Gerechtigkeit auf beispielhafte Weise.

FIAN begleitet Reformen seit vielen Jahren

FIAN hat die Gesetzgebung zur Schulspeisung über viele Jahre intensiv begleitet und sich gemeinsam mit Schulen, landwirtschaftlichen Organisationen und staatlichen Stellen für weitere Verbesserungen eingesetzt. Im Mittelpunkt stehen aktuell gut ausgestattete Schulküchen, eine verlässliche Logistik sowie Speisepläne, die saisonale und lokale Produkte stärker berücksichtigen.
Valéria Burity, bis Anfang 2023 Generalsekretärin von FIAN Brasilien, wechselte mit dem Amtsantritt der Regierung Lula als Sekretärin für Armuts- und Hungerbekämpfung in das Ministerium für Entwicklung, Familie und Hungerbekämpfung. Dort koordiniert sie zentrale Maßnahmen des Programms ‚Brasilien ohne Hunger'.
Die Reform war eine Antwort auf die dramatische Zunahme von Hunger während der Präsidentschaft von Jair Bolsonaro. Sie zeigt, dass das Recht auf Nahrung durch konsequente öffentliche Politik konkret verwirklicht werden kann. Das brasilianische Modell verbindet gesunde Ernährung von Kindern mit sicheren Einkommen für bäuerliche Familien, stärkt Frauen und schützt regionale Ernährungskulturen.
Unberührt davon bleibt jedoch die Stärke der Agrarlobby. Mariza Rios, Präsidentin von FIAN Brasilien, sprach im Juni in einer Anhörung des Parlaments zu Schulspeisungen: „Dies ist ein Moment des Feierns, aber auch der Sorge. Wir haben Investitionen von mehr als 500 Milliarden Real für Agrarunternehmen gesehen, während nur 89 Milliarden für die Familienlandwirtschaft bereitgestellt wurden. Wir müssen die Zivilgesellschaft weiter stärken, denn die Basisarbeit in den Gemeinden, in den Quilombola und den indigenen Gemeinschaften ist sehr schwierig, bleibt aber essentiell".

Jan Dreier ist FIAN-Referent für Agrarökologie und das Recht auf Nahrung in Deutschland

RECHT AUF NAHRUNG

FRANKREICH: SOZIALVERSICHERUNG FÜR ERNÄHRUNG

In den letzten Jahren hat die Idee, das allgemeine Sozialversicherungssystem auf den Ernährungssektor auszuweiten, zunehmend an Bedeutung gewonnen. Ziel ist es, dem Staat Wege aufzuzeigen, wie er das Recht auf gesunde und nachhaltig produzierte Nahrung gewährleisten kann.

Seit 2022 läuft in der südfranzösischen Stadt Montpellier das Modellprojekt Caisse alimentaire commune, also „Gemeinschaftskasse für Ernährung". Aktuell nehmen daran 670 Menschen teil. Diese wurden so ausgewählt, dass sie die Bevölkerung der Stadt repräsentieren; knapp die Hälfte lebt unterhalb der Armutsgrenze.
Jeden Monat zahlen die Teilnehmenden so viel in einen gemeinsamen Fonds ein, wie sie sich leisten können. Unterstützt wird der Fonds durch öffentliche und private Mittel. Im Gegenzug erhalten die Teilnehmenden – unabhängig von der Höhe ihres Beitrags – 100 MonA (die Währung des Programms entspricht einem Euro). Dieser Betrag kann an den teilnehmenden Verkaufsstellen eingesetzt werden. Die Auswahl der Verkaufsstellen erfolgt durch einen Bürger:innen-Rat, der sich aus 61 Menschen zusammensetzt und von denen die Hälfte in prekären Verhältnissen lebt.
Die Ergebnisse aus einer Evaluierung der ersten Projektphase sind positiv: Ernährungsarmut verringerte sich durch den Zugang zu hochwertigeren Lebensmitteln; Stigmatisierung, die mit Nahrungsmittelhilfe einhergeht, wurde reduziert; soziale Vielfalt wurde gefördert durch den Abbau psychologischer und wirtschaftlicher Barrieren, die mit bestimmten Orten verbunden sind; die teilnehmenden agrarökologischen Verkaufsstellen profitierten von den neuen Kund:innen. Zudem stärkte die partizipative Demokratie die Selbstwirksamkeit von Menschen mit Armutserfahrung.

Gesetzesinitiative zu Sozialversicherung

Aufbauend auf den Ergebnissen aus Montpellier und von anderen Initiativen legten 60 Abgeordnete der Französischen Nationalversammlung einen Gesetzentwurf vor, der die Einrichtung eines sozialen Sicherungssystems für Ernährung vorsieht. Darin wird ein fünfjähriger Plan vorgeschlagen, der die Einrichtung von 30 lokalen Initiativen in 20 Gebieten vorsieht. In jedem Gebiet soll ein „Ernährungsparlament" eingerichtet werden – vergleichbar mit der o.g. Caisse alimentaire –, das jeweils über einen eigenen Fonds verfügt. Der Fonds wird durch Beiträge der Bürger:innen, der lokalen Behörden sowie Steuermittel finanziert. Der Gesetzentwurf wurde zwar noch nicht verabschiedet, ist jedoch Gegenstand intensiver Diskussionen. Ein Sozialversicherungssystem für Ernährung würde der Regierung ein wirksames Instrument an die Hand geben, um das Recht auf gesunde und nachhaltig produzierte Lebensmittel zu gewährleisten. Es würde Menschen den Zugang zu einer agrarökologischen Ernährung ermöglichen, die sich diese normalerweise nicht leisten können. Gleichzeitig würde es agrarökologische Märkte fördern und neue, sichere Absatzmöglichkeiten für die bäuerliche Landwirtschaft schaffen.

Augustine Lagrange studiert in Frankreich Internationales Recht und Humanitäre Hilfe. ***Ayrin Meyer*** studiert in Jena Politikwissenschaft im Master. Beide haben ein Praktikum bei FIAN geleistet.



Funktionsweise der caisse alimentaire
© Julien Revenue- Terre Nourricére pour TERRITOIRES A VIVRES

LANDKONFLIKT

KAMBODSCHA: LANDRAUB DURCH KAUTSCHUK-PLANTAGE

Seit mehr als zehn Jahren kämpft eine indigene Kuoy-Gemeinde im Norden Kambodschas gegen den Verlust ihres Landes an eine Kautschukplantage. Wälder werden gerodet, Felder zerstört und Gemeindemitglieder kriminalisiert. Besonders Frauen tragen den Widerstand – und auch die Folgen des Landraubs. FIAN steht den Betroffenen zur Seite und unterstützt sie dabei, ihre Rechte auf Land und Nahrung einzufordern. Insa Heinke, Südostasien-Referentin von FIAN Deutschland, und Philipp Mimkes, Geschäftsführer von FIAN Deutschland, waren im Februar vor Ort.

Anfang Februar besuchen wir das Dorf Ngong in der nordkambodschanischen Provinz Preah Vihear. Mehrere Frauen sitzen auf Matten vor dem neu errichteten Gemeindezentrum. Kinder laufen zwischen dem Gebäude und der Grundschule gegenüber hin und her. Drei Lehrer unterrichten dort die Klassen eins bis sechs. Die Sprache der Kuoy wird jedoch nicht gelehrt – obwohl die Gemeinde dies seit Jahren fordert. Die Bewohner:innen organisieren im Gemeindezentrum eigenen Unterricht, um ihre Sprache und ihr Wissen weiterzugeben.

Ngong zählt 444 Bewohner:innen, darunter 227 Frauen. Viele Familien leben von kleinbäuerlicher Landwirtschaft, Waldprodukten und dem Cashew-Anbau. Doch ihr Alltag ist von Unsicherheit geprägt. Seit Jahren breitet sich die Kautschukplantage des Unternehmens Sambath Platinum immer weiter auf ihr Land aus.

Frauen tragen den Widerstand

„Wir leben seit Generationen auf diesem Land. Früher konnten wir alles, was wir brauchen, aus dem Wald holen“, erzählen uns Ros Sakel und Heng Saphen. „Niemand musste Hunger leiden.“ Alle sechs Sprecher:innen des Dorfes sind Frauen. Die Gemeinde hat bewusst Frauen ausgewählt, weil diese in Konfliktsituationen häufig deeskalierend wirken und besser mit Behörden oder Sicherheitskräften verhandeln können.

Frauen spielen in Ngong eine zentrale Rolle bei der Ernährungssicherung. Sie bauen Gemüse und Cashew-Nüsse an, sammeln Waldfrüchte, Pilze und Heilpflanzen und versorgen die Familien. Gleichzeitig tragen sie die Hauptlast der Folgen des Landraubs. Durch die fortschreitende Rodung verlieren sie nicht nur Einkommensquellen, sondern auch ihr Wissen, das eng mit dem Wald verbunden ist.



Gemeindesprecherinnen Heng saphen (r) und Ros Sakel, © FIAN

Viele junge Frauen verlassen das Dorf, um in Phnom Penh als Haushaltshilfen zu arbeiten. Die Männer arbeiten in der Hauptstadt meist auf dem Bau. Viele Kinder brechen die weiterführende Schule ab, die zehn Kilometer entfernt in der nächsten Stadt liegt. Der Schulweg ist lang, und viele Familien können es sich nicht leisten, auf die Arbeitskraft ihrer Kinder zu verzichten.

Wald als Lebensgrundlage

Die Kuoy sind eine staatlich anerkannte indigene Gemeinschaft. Dennoch erfahren sie Diskriminierung und politische Ausgrenzung. Ihre Beziehung zum Wald ist dabei nicht nur wirtschaftlicher Natur: Wälder und bestimmte Bäume sind spirituelle Orte, an denen Zeremonien stattfinden und die Ahnen um Schutz gebeten werden – etwa angesichts von Konflikten oder Krankheiten. Noch am Abend vor unserem Besuch versammelte sich die Gemeinde zu einer spirituellen Zeremonie. Viele dieser Orte existieren heute jedoch nicht mehr. Wo früher dichter Wald stand, erstrecken sich nun lange Reihen junger Kautschukbäume.

Vor der Ausweitung der Plantage lebten viele Familien vom Verkauf von Baumharz, Wachs und anderen Waldprodukten. „Heute gibt es kaum noch Bäume, die wir nutzen können“, berichtet eine Bewohnerin.

Früher versorgten sich die Familien weitgehend selbst mit Reis, Gemüse, Waldfrüchten, Pilzen und Fisch. Heute reichen die Ernten vielfach nicht mehr aus. Reis muss zugekauft werden, während Einkommen wegbrechen. Die nun kleineren Felder werden intensiver genutzt; früher wurden sie nur in jedem zweiten Jahr bebaut. Die Böden verlieren an Fruchtbarkeit und die Erträge sinken. Der Verlust des Waldes bedeutet deshalb weit mehr als den Verlust von Land – er zerstört ein ganzes Ernährungssystem.

Bei einem Rundgang zeigt uns die Gemeinde neue Grenzpfosten des Unternehmens. Teilweise stehen diese auf Feldern, die weiterhin von Dorfbewohner:innen bewirtschaftet werden. Ein Wachposten mit Schranke kontrolliert den Zugang zu Gebieten, die früher frei zugänglich waren. Besonders paradox: Die Plantage und das Dorf befinden sich mitten in einem staatlichen Tierschutzgebiet. „Früher lebten hier Leoparden, Elefanten und Bären“, erzählt Saphen. „Heute sehen wir fast nur noch Mäuse und Hasen.“

Kriminalisierung und Haft

Seit Jahren versucht die Gemeinde, ihre kollektiven Landrechte offiziell anerkennen zu lassen. Doch anstatt Schutz zu erhalten, erleben viele Bewohner:innen Einschüchterung und Kriminalisierung. Auch Saphen: Die Gemeindesprecherin wurde verhaftet, nachdem das Unternehmen ihr vorgeworfen hatte, Gewalt gegen dessen Eigentum ausgeübt zu haben. Tatsächlich hatte sie lediglich auf ihrem Land gearbeitet. „Ich verbrachte 16 Tage im Gefängnis“, berichtet sie ruhig. „Wir waren



Saphen an einem Grenzstein, © FIAN

acht Frauen in einem kleinen Raum mit zwei Betten.“ Die Haftbedingungen seien belastend gewesen, vor allem wegen der Sorge um ihre Familie und ihre Felder. Erst nach Zahlung einer Kaution kam sie frei. Menschenrechtsorganisationen, darunter der langjährige FIAN-Partner LICADHO, legten Beschwerde beim Obersten Gerichtshof ein. Zwei Jahre später wurde das Verfahren eingestellt. Doch die Erfahrung hat Spuren hinterlassen. Viele Menschen im Dorf fürchten weitere Verhaftungen.

Die Kriminalisierung indigener Aktivist:innen ist in Kambodscha kein Einzelfall. Immer wieder nutzen Unternehmen und Behörden Strafverfahren, um Widerstand gegen Landraub zu schwächen. Besonders Frauen geraten dabei unter Druck, weil sie gleichzeitig Verantwortung für Kinder, Ernährung und Haushalt tragen. Trotz allem gibt die Gemeinde nicht auf. „Wir kämpfen weiter, bis wir unser Land zurückbekommen“, sagt Saphen. „Auch wenn es Gefängnis bedeutet.“

FIAN unterstützt die Gemeinde seit mehreren Jahren. Trainings zu Selbstorganisation und digitaler Sicherheit helfen den Bewohner:innen, ihre Rechte einzufordern und internationale Aufmerksamkeit auf ihren Fall zu lenken. Denn der Konflikt von Ngong zeigt beispielhaft, was geschieht, wenn wirtschaftliche Interessen über die Rechte indigener Gemeinschaften gestellt werden: Wälder verschwinden, kulturelles Wissen geht verloren – und das Recht auf Nahrung wird systematisch verletzt.

Philipp Mimkes ist Diplom-Physiker. Mitte Mai hat er sein 10-jähriges Jubiläum als Geschäftsführer von FIAN Deutschland gefeiert.

FIAN-LEHRGANG

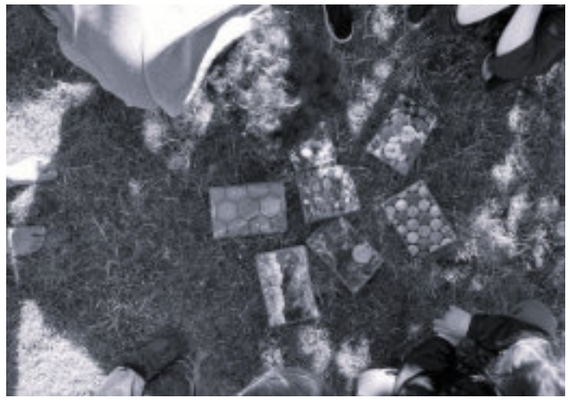
ZUSAMMEN AGRARÖKOLOGISCHE SCHRITTE GEHEN

Nach vielen Wochen des gemeinsamen Lernens geht der agrarökologische Lehrgang von FIAN Österreich in Kooperation mit dem WeltTellerFeld im Oktober zu Ende. 13 junge Erwachsene wurden als Multiplikator:innen für eine agrarökologische Transformation ausgezeichnet.

Agrarökologie verbindet ökologische Landwirtschaft mit sozialer Gerechtigkeit, Teilhabe und Selbstbestimmung. Sie zeigt, wie sich Ernährungssysteme von unten nach oben gerechter gestalten lassen. Genau daran setzte der agrarökologische Lehrgang von FIAN Österreich und dem WeltTellerFeld an. Von März bis Oktober bekamen die Teilnehmenden einen Einblick in die Bildungsarbeit für eine Transformation der Landwirtschaft und des Ernährungssystems hin zur Agrarökologie. Diese wird als unerlässlich angesehen, um das Recht auf Nahrung zu verwirklichen.

Junge Menschen wollen sich einbringen

Der Lehrgang war Teil des von der Europäischen Union geförderten DEAR-Projekts „Rebooting the Food System“, auf Deutsch: „Das Ernährungssystem neu starten“. Unter diesem Motto förderte die Europäische Union drei Jahre lang non-formale Bildungsprojekte für Menschen unter 30 in 14 EU-Ländern.
Wie groß das Interesse junger Menschen an einem gerechteren „Neustart“ des Ernährungssystems ist, zeigte sich bereits beim ersten Treffen im März im Büro von FIAN Österreich: Es kamen so viele 20- bis 30-Jährige, dass zusätzliche Stühle aus einem nahegelegenen Café geholt werden mussten. Der Wunsch nach Praxis, aktiver Mitgestaltung und Handlungsorientierung war von Beginn an deutlich spürbar.



© Agnes Sieben/FIAN

Mit den Händen in der Erde

Um diese Praxis erlebbar zu machen, fanden die meisten Treffen am WeltTellerFeld statt. Das entwicklungspolitische Bildungsprojekt im 22. Wiener Gemeindebezirk umfasst eine landwirtschaftliche Nutzfläche von rund 3.000 m², die symbolisch den Flächenbedarf für den jährlichen Lebensmittelkonsum einer Person in Österreich darstellt. Über Führungen und Workshops zu den Grundlagen der Agrarökologie sowie durch das Kennenlernen der Vielfalt von Hülsenfrüchten – etwa durch das Aufschneiden von Knöllchenbakterien an Klee-Wurzeln – wurde Wissen Schritt für Schritt geteilt und erweitert.
Besonders beliebt war die gemeinsame Arbeit auf dem Feld. Beim warmen Apriltreffen wurde umgegraben und Gemüse gesetzt. Acht Wochen später staunten die Teilnehmenden über die kräftig gewachsenen Pflanzen. Dadurch wurde auch deutlich, wie sehr wir vom Anbau unseres Gemüses entfremdet sind. Viele Teilnehmer:innen haben bei dieser Gelegenheit zum ersten Mal gesehen, wie etwa Fenchel wächst.

Gloabel Ungleichheiten aufdecken

Der Gemüseanbau nimmt auf dem Feld nur einen geringen Anteil ein: 67 Prozent der Fläche stellen den Bedarf für Weide- und Futterflächen für tierische Produkte dar. Zudem liegen 55 Prozent der Anbaufläche nicht in Österreich, sondern im Ausland. Die Aufteilung macht deutlich, dass agrarökologische Transformation global denken und lokal handeln muss: Agrarökologisches Handeln in Österreich wirkt auch über Landesgrenzen hinweg. Der Lehrgang beleuchtete dies vor allem anhand der Macht von Lebensmittelhandelsketten über unseren Konsum.
Als Lernort diente der Seminarraum des genossenschaftlichen Supermarkts MILA im 12. Wiener Gemeindebezirk. Ein Experiment für einen Supermarkt, der Transparenz und Mitbestimmung wiederherstellen möchte. Hier diskutierten die Teilnehmenden mit der brasilianischen Anwältin Thabata Pena Pereira über Ausbeutung und Menschenrechtsverletzungen entlang von Lieferketten. Anhand ihrer Arbeit für die Opfer des Dammbruchs in Brumadinho, Brasilien, zeigte sie die Folgen fehlender Regulierung in globalen Lieferketten auf.



Die Teilnehmer:innen mit ihren Abschlusszertifikaten
© Theresa Ortbauer

Orte der Agrarökologie erleben

Nach der Präsentation der menschenrechtlichen Arbeit von FIAN Österreich, etwa zu Vertreibungen durch Kaffeeplantagen in Uganda, durch Projektreferentin Elisabeth Jost, wurde die enorme Machtungleichheit im globalen Ernährungssystem spürbar. Es stellte sich die Frage: Wie kann Bildungsarbeit im Kleinen dagegenhalten? Eine Antwort des Lehrgangs lautet: Alternativen suchen, sichtbar machen und öffentlich diskutieren. Agrarökologische Beispiele gibt es weltweit, auch in Österreich: bäuerliche und ökologische Landwirtschaft, Hofläden, Wochenmärkte, Solidarische Landwirtschaft, genossenschaftliche Supermärkte, FoodCoops und Ernährungsräte. In den Treffen lernten die Teilnehmenden viele dieser Projekte kennen.
Besonders prägend war der Besuch zweier junger Gemüsegärtnerinnen, die von ihrer Arbeit berichteten und die Konzepte der Solidarischen Landwirtschaft und der Marktgärtnerei vorstellten. So wurde das Lernen immer mit dem konkreten Umfeld verbunden und es wurde deutlich, dass Theorie und Praxis in der Agrarökologie untrennbar zusammengehören.

Den Wandel selber gestalten

Bei strahlendem Spätsommerwetter fand der Lehrgang beim Erntefest am WeltTellerFeld seinen Abschluss. Die Teilnehmenden hatten in Gruppen Themen wie Fleischkonsum, die Vielfalt von Hülsenfrüchten, ausbleibende Klimapolitik und das Zulassen von Visionen spielerisch aufbereitet. Viele Besucher:innen blieben lange an den Ständen, um sich auszutauschen, oder ruhten sich an der Station „Traumreise“ im Schatten aus.
Ein zentrales Prinzip der Agrarökologie ist die Ko-Kreation von Wissen, also gemeinsames Lernen, Teilen und Gestalten auf Augenhöhe. Dass den Teilnehmenden dies nach Wochen gemeinsamer Arbeit so überzeugend gelang, macht Hoffnung auf mutige Transformationen.

Agnes Sieben, FIAN Österreich



© Daniel Pöhlmann

FILMTAGE ZUM RECHT AUF NAHRUNG

HUNGER.MACHT.PROFITE.: ZWEI JAHRZEHNTE FILME GEGEN UNGLEICHHEIT IM ERNÄHRUNGSSYSTEM

Seit 20 Jahren bringen die Filmtage „Hunger.Macht.Profite." Dokumentarfilme in österreichische Kinos, Pfarrsäle und Kulturorte am Land. Im Rahmen der diesjährigen Ausgabe blicken die Filmtage auf zwei Jahrzehnte Diskussionen und Vernetzung rund um das Recht auf Nahrung zurück.

In Österreich gibt es einige bekannte Filmfestivals. Aber nur wenige erreichen mit ihren Filmvorführungen so dezentral die verschiedensten Ecken des Landes wie die Filmtage „Hunger. Macht.Profite.". Bis Ende November werden an 22 Spieltagen in fast allen Bundesländern Dokumentarfilme gezeigt. Sie befassen sich mit Landwirtschaft und dem globalen Ernährungssystem. Im Anschluss finden Diskussionen mit den Filmemachenden, Aktivist:innen oder Betroffenen statt.

Die Anfänge

Die Filmtage haben ihren Ursprung in der österreichischen Ausgabe des Europäischen Sozialforums im Jahr 2003, das ganz in der Tradition des ersten Weltsozialforums in Porto Alegre, Brasilien, stand. Es stellte einen Gegengipfel zum Weltwirtschaftsforum in Davos dar und wurde von Stimmen des Globalen Südens getragen. Während einer Filmvorführung beim österreichischen Sozialforum entstand der Wunsch von normale.at, einem Verein für gesellschafts- und wirtschaftspolitische Filmvorführungen, und FIAN Österreich, der Menschenrechtsorganisation für das Recht auf Nahrung, ihre Kräfte und Kenntnisse zu bündeln. Eine Veränderung der Welt zu etwas Besserem schien greifbar. Sie sollte durch die Sichtbarmachung kritischer Dokumentarfilme über globale Ungerechtigkeiten im Ernährungssystem – verursacht durch Kapitalismus und Ausbeutung – nach Österreich getragen werden.



Das restlos ausverkaufte Admiralkino, © FIAN

Voraussetzung dafür war die aufgekommene Kinotauglichkeit von Dokumentarfilmen. Während das Format einige Jahre zuvor noch als fad empfunden wurde, änderte sich das in den 2000er Jahren grundlegend, erzählt Barbara Waschman, Obfrau des Vereins normale.at und Mitgründerin der Filmtage.

Übers Land am Land

Der starke Fokus der Filmtage auf die Landwirtschaft drängte darauf, die Inhalte der Dokumentarfilme nicht nur in Wien bzw. im urbanen Raum zu diskutieren. Man wollte mit Menschen in ganz Österreich ins Gespräch kommen, vor allem in ländlicheren Regionen. Barbara Waschmann betont, dass es nach der ersten Ausgabe im Jahr 2006 schnell klar war, dass „Hunger. Macht.Profite" kein rein wienerisches Projekt bleiben dürfe. Es war nur folgerichtig, die Filmtage geografisch auszudehnen. In den folgenden Jahren legten die Initiator:innen einen starken Fokus auf die Dezentralität der Spielorte. Bereits 2008 liefen Filme in Gleisdorf in der Steiermark und Kirchdorf an der Krems in Oberösterreich. Seitdem wächst die Anzahl der Spielorte jedes Jahr.

Vernetzen und zusammendenken

Die wachsende Reichweite wurde 2008 vor allem durch die enge Kooperation mit der Österreichischen Berg- und Kleinbäuer*innenvereinigung (ÖBV) sowie Attac Österreich ermöglicht. Seitdem veranstalten die beiden Organisationen die Filmtage gemeinsam mit FIAN Österreich und normale.at. Zudem ging es, wie Barbara Waschmann zurückdenkt, darum, während der Filmtage einen Ort des Austauschs zu schaffen. Von Beginn an waren die Filme der Aufhänger. Diese stehen aber nie für sich allein. Nicht nur am Eröffnungsabend, sondern nach jedem Filmabend folgt ein Filmgespräch. Dabei kommen Aktivist:innen und Expert:innen als Impulsgeber:innen zusammen. Von Bäuer:innen über Mitglieder von Food-Coops oder Gewerkschaftsvertreter:innen. „Die Alternativen werden eingeladen und sprechen für sich", wie Julia Kocher von FIAN Österreich sagt. Dabei soll das Publikum mit den teilweise emotionalen Inhalten von Vertreibung, Ausbeutung und Hunger zum einen nicht allein gelassen werden. Zum anderen erlauben die Gespräche den Bezug zur eigenen Realität in Österreich.



Das Podium des Eröffnungsabends von HMP15 v.l.n.r.: Helmut Burtscher-Schaden (Global 2000), Theresa Kofler (Anders Handeln), Heide Tebbich (Brot für die Welt) und Lukas Schmidt (FIAN Österreich), © FIAN

Alte Themen, neue Herausforderungen

Ein Blick auf das Archiv macht schnell sichtbar, dass sich die Themen der Filme in den letzten 20 Jahren nur minimal verändert haben. 2006 eröffnete „Septemberweizen" von Peter Krieg die Filmtage. Der Film aus dem Jahr 1980 thematisiert die Spekulation mit Weizen und den daraus resultierenden Hunger. Seitdem ist die Zahl der weltweit Hungernden nur um knapp drei Prozent gesunken. Der diesjährige Eröffnungsfilm „Toxic Harvest" von Andréa Gema zeigt die verheerenden Auswirkungen von Pestiziden auf die Umwelt und die Gesundheit der Menschen. Im Fokus des Films stehen die Lebensgeschichten von Landarbeiter:innen in Südafrika, die täglich diesen giftigen Stoffen ausgesetzt sind. Europäische Unternehmen profitieren davon.

Während die Themen geblieben sind, hat sich die Stimmung der Besucher:innen über die Jahre geändert. Sie äußern eine starke Ermüdung und Erschöpfung angesichts des permanenten Zeigens von Leid und Ungerechtigkeit. Die Veranstalter:innen berichten von vielen treuen Kinobesucher:innen, die seit 20 Jahren zu den Filmtagen kommen und viel von dem wissen, was schiefläuft. Vielleicht ist es aber auch die allgemeine Stimmung, die eine immer größere Ermüdung gegenüber anhaltender Krisen schafft. Immer deutlicher wird in den letzten Jahren das Bedürfnis, positive Alternativen auf die Leinwand zu bringen und sie dadurch vorstellbar zu machen.

Alternativen imaginieren

Die Last wie auch die Alternativen werden von den jungen, nachrückenden Generationen in der Landwirtschaft getragen. Dieser Fokus spiegelt sich auch zunehmend in der Filmauswahl wieder. Im diesjährigen Programm sticht in dieser Hinsicht vor allem der Film „TiAN – Generation Farmfluencer" heraus. Eine ermutigende Dokumentation von Thomas Schäfer und Meike Hollnaicher über junge Südtiroler:innen in der Landwirtschaft und ihre Ideen, Landwirtschaft trotz Klimakrise und ökonomischem Druck zukunftsfähig zu machen.

Von der Leinwand zum Widerstand

Landreformen – nicht nur im Globalen Süden, sondern auch in Österreich –, Regulierungen für Pestizidexporte, Menschenrechtsstandards in Lieferketten, Klimaschutz, das Ende des Patriarchats und des Krieges: Die Filme und die anschließenden Gespräche machen eindrücklich deutlich, wie vernetzt politische Kämpfe und Lösungen sein müssen, um Hunger weltweit zu beenden und Menschen Selbstbestimmung über ihre Ernährung zu ermöglichen. Die Filmtage „Hunger.Macht. Profite" waren und sind daher zugleich Weiterbildung, Vernetzung und politischer Impuls für die Bewegung. Mit ihrer Filmauswahl machen sie beharrlich Unsichtbares sichtbar – und halten den Blick auf die Strukturen gerichtet, die Hunger und Ungleichheit hervorbringen.

Agnes Sieben, FIAN Österreich

Der Artikel ist zuerst am 14.10. in ungekürzter Version auf dem mosaik-Blog erschienen: https://mosaik-online.at/hunger-macht-profite-zwei-jahrzehnte-filme-gegen-ungleichheit/

Hunger.Macht.Profite.15 spielt im November noch in Oberösterreich, Tirol und Vorarlberg. Alle Informationen zu den Filmen und Filmgespräche auf www.HungerMachtProfite.at

REISEBERICHT

NETZE DES WIDERSTANDS: FEMINISTISCHE PERSPEKTIVEN AUF KLIMAGERECHTIGKEIT UND ERNÄHRUNGSSOUVERÄNITÄT AUS VALENCIA

Im März veranstaltete die spanische Organisation Mundubat in Valencia das internationale Forum „Frauenstimmen für das Klima“. Agnes Sieben war für FIAN Österreich und das entwicklungspolitische und feministische Netzwerk WIDE Österreich vor Ort dabei.

Kraft, Freude, Widerstand … Mit jedem Wort, das eine der rund 50 Frauen im Raum nennt, bevor sie das Wollknäuel über die Köpfe der anderen wirft, wird das Netz enger. Es sind die Dinge, die sie aus den Diskussionen der vergangenen Tage an der Universitat Politècnica de València mitnehmen. Gemeinsam ergeben sie ein Netz feministischer Praxis gegen die Herausforderungen der Klimakrise - besonders auf dem Land.

Vom Schauplatz der Zerstörung zum Ort der Veränderung

Valencia, der Schauplatz des Forums, wurde im Jahr 2024 von der Hochwasserkatastrophe DANA getroffen. Am 29. Oktober fielen im Landesinneren der Region innerhalb weniger Stunden Niederschläge, wie sie sonst in einem ganzen Jahr üblich sind. Die ausgetrockneten Flussbetten füllten sich schlagartig mit Wasser, das Dörfer, Infrastruktur und landwirtschaftliche Flächen zerstörte. In der Region Valencia waren mehr als 25.500 Hektar Anbauflächen betroffen. Über 230 Menschen kamen bei den Fluten ums Leben.

Die Zunahme solcher Extremwetterereignisse wird mit der Erwärmung des Mittelmeeres und der Klimakrise in Verbindung gebracht. Die Katastrophe zeigte, wie verwundbar ländliche Regionen und die Landwirtschaft gegenüber Dürren und Starkregen sind.

Mit Agrarökologie gegen falsche Klimalösungen

Die Perspektiven der vom Hochwasser betroffenen Bäuerinnen wurden in Vorträgen durch verschiedene globale Erfahrungen und Beispiele feministischer Solidarisierung ergänzt. Chengeto Muzira, junge Bäuerin aus Simbabwe und Jugendmitglied des internationalen Koordinierungskomitees von La Via Campesina, berichtet, wie Frauen in ihrer Region durch agrarökologischen Anbau, wie gemeinsame Saatguterhaltung und bodenschonende Methoden, die Landwirtschaft klimaresilienter machen und die Ernährungssouveränität ihrer Familien versuchen zu sichern.

Beim Forum sind sich alle einig, dass kleinbäuerlicher, agrarökologischer Anbau zum Klimaschutz beiträgt. Zugleich sind eben diese Akteurinnen durch falsche Klimalösungen bedroht. So warnt Chengeto Muzira besonders vor der Ausweitung von REDD+-Projekten im südlichen Afrika, die Landgrabbing begünstigen. Der im Rahmen der UN-Klimarahmenkonvention eingeführte Mechanismus soll Waldschutz finanziell fördern und Emissionen kompensierbar machen. In der Praxis führt dieser jedoch häufig zur Vertreibung der lokalen Gemeinschaften, die seit Generationen Wälder schützen und dort kleinbäuerlichen Anbau betreiben.

Das Globale lokal verteidigen

Das Forum fand zu einem Zeitpunkt statt, an dem die internationale Klimapolitik weitgehend ausgehöhlt war. Die jungen Klimaaktivistinnen Sofía Mendoza aus El Salvador und Emiliana Rickenmann aus Kolumbien wollen dennoch nicht aufgeben, sondern lediglich ihre Strategien ändern. Sie vertreten das Netzwerk „Latinas por el Clima”, das sich für intersektionale Klimagerechtigkeit in Lateinamerika einsetzt. Es entstand im Jahr 2020 im Rahmen der internationalen Klimastreiks unter dem Namen „Latinas for Climate”. Nach der ersten offiziellen Teilnahme als Delegation bei der COP30 verlagert es seinen Schwerpunkt zunehmend vom Internationalen ins Lokale. Die kürzliche Umbenennung ins Spanische symbolisiert diese neue Arbeitsweise. Das Netzwerk will dem Rechtsruck und der Klimaleugnung in Lateinamerika mit lokaler Aufklärungs- und Bildungsarbeit entgegenwirken.

Kämpfe verbinden

Das Forum verband nicht nur Kräfte, sondern auch zentrale Themen der Klimagerechtigkeit: Landwirtschaft, Ernährungssouveränität, Care-Gerechtigkeit und Widerstand gegen Faschismus. Gerade weil autoritäre und antifeministische Akteure Frauen zunehmend unter Druck setzen, bedrohen und verunsichern – wie immer wieder deutlich wurde, besonders in den Berichten von Menschenrechtsaktivistinnen aus El Salvador –, sind Austausch und gegenseitige Unterstützung entscheidend. Dies wurde in Valencia spürbar.

Agnes Sieben, FIAN Österreich

REISEBERICHT

ERNÄHRUNGSSYSTEME TRANSFORMIEREN UND MITSPRACHE SICHERN, UM DIE RECHTE KÜNFTIGER GENERATIONEN ZU SCHÜTZEN

Fossile Abhängigkeiten im globalen Ernährungssystem gefährden Klima, Gesundheit und das Recht auf Nahrung – und damit die Rechte künftiger Generationen. FIAN Österreich fordert deren Schutz durch eine menschenrechtsbasierte Ernährungspolitik und die gesicherte Mitsprache sozialer Bewegungen und der Zivilgesellschaft in Entscheidungsprozessen und Kontrollgremien der Vereinten Nationen (UN).

Die Staatenpflichten zur Achtung, zum Schutz und zur Gewährleistung der Menschenrechte sind nicht zeitlich begrenzt. Zentrale Menschenrechtsinstrumente wie die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte oder der Internationale Pakt über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Menschenrechte gelten für „jede Person“ sowie für „alle Menschen und Völker“. Die im Juli 2023 verabschiedeten Maastrichter Grundsätze zu den Menschenrechten künftiger Generationen bestätigen das einmal mehr. Sie zielen darauf ab, bestehende menschenrechtliche Standards zu bündeln und weiterzuentwickeln, um den Schutz und die Verwirklichung der Menschenrechte künftiger Generationen zu stärken.

Während der 62. Tagung des Menschenrechtsrats der Vereinten Nationen in Genf (Juni-Juli 2026), die auch die jährliche Diskussion über die nachteiligen Auswirkungen der Klimakrise auf die Menschenrechte einschloss, spielten sowohl die Menschenrechte künftiger Generationen als auch die notwendige Transformation unserer globalen Ernährungssysteme eine zentrale Rolle. FIAN International und nationale FIAN-Sektionen, darunter auch FIAN Österreich, trugen vor Ort zu diesen Diskussionen bei. Denn, wie wir heute essen, produzieren und verteilen, entscheidet mit darüber, welche Lebensgrundlagen künftigen Generationen zur Verfügung stehen.

Fossile Abhängigkeiten im Ernährungssystem

Der aktuelle Bericht der UN-Sonderberichterstatterin für Menschenrechte und Klimawandel Elisa Morgera „Transforming food systems for a safe climate and health for all“ (A/HRC/62/44) zeigt deutlich, wie eng unsere Ernährungssysteme mit dem Recht auf Nahrung, auf Gesundheit und auf eine saubere, gesunde und nachhaltige Umwelt – und somit auch mit dem Schutz der Rechte künftiger Generationen – verbunden sind. Das gegenwärtige Ernährungssystem, von global agierenden Unternehmen für Lebensmittel, Getränke, Saatgut und Petrochemie geprägt, ist von fossilen Energien abhängig und trägt gleichzeitig dazu bei, deren Nutzung aufrecht zu erhalten. Fossile Brennstoffe sind die wichtigsten Ausgangsstoffe für petrochemische Produkte, wie Pestizide, Düngemittel und Kunststoffe.

Mehr als 85% des weltweiten Pestizidvolumens entfällt auf die Landwirtschaft, Kunststoffe werden entlang der gesamten Wertschöpfungskette der Agrar- und Ernährungswirtschaft in großem Umfang eingesetzt, gleichzeitig begünstigen sie die Ausweitung hochverarbeiteter Lebensmittel weltweit. All dies mit verheerenden Folgen für das Klima, Wasser- und Luftqualität, terrestrische und aquatische Ökosysteme und nicht zuletzt die menschliche Gesundheit.

Während große transnationale Konzerne von diesem System profitieren, tragen andere die sozialen und ökologischen Kosten: Gemeinschaften und Arbeiter:innen heute, künftige Generationen morgen.

Rechte sichern, Mitsprache erhalten

Kleinbäuerliche und indigene Gemeinschaften, Fischer:innen und Hirt:innen weltweit sorgen dafür, dass künftige Generationen in einer sauberen, intakten Umwelt leben und ihr Recht auf Nahrung selbstbestimmt verwirklichen können. Ihre Erfahrungen und ihr Wissen müssen deshalb die politischen Entscheidungen über die Zukunft der Ernährungssysteme mitgestalten.

Diese Mitgestaltung, etwa in UN-Prozessen, muss auch weiterhin angesichts von Budgetdruck und Sparmaßnahmen gewährleistet werden. Die am 7. Oktober während der 63. Tagung des UN-Menschenrechtsrats bestätigte Mandatsverlängerung der Sachverständigengruppe für die Rechte von Kleinbäuer:innen und anderen Menschen, die in ländlichen Regionen arbeiten (UNDROP), ist in diesem Zusammenhang ein wichtiger Erfolg. Er wurde maßgeblich durch den anhaltenden Druck sozialer Bewegungen und zivilgesellschaftlicher Organisationen wie FIAN, La Via Campesina und CETIM erzielt. Zugleich müssen künftige Generationen in Resolutionen nicht nur als Träger:innen von „Bedürfnissen und Interessen“ (vgl. A/HRC/RES/59/25), sondern als Rechteinhaber:innen anerkannt werden. Nur wenn Staaten ihre menschenrechtlichen Pflichten wahrnehmen und Beteiligung ermöglichen, können diese Rechte geschützt und Verstöße wirksam bekämpft werden.

Elisabeth Jost, FIAN Österreich

VERANSTALTUNGSREIHE

ANKÜNDIGUNG UND EINLADUNG: IM NOVEMBER IST FIAN INDONESIEN ZU GAST IN WIEN

FIAN Indonesien ist für unsere österreichische Sektion besonders in der Fallarbeit ein wichtiger Partner. Vom 21. bis 27. November begrüßen wir zwei Kolleginnen der Sektion in Wien für ein vielfältiges Programm im Rahmen unseres Projekts „Zukunft hat Recht(e)!“.

In der Arbeit von FIAN Österreich sind die Menschenrechte künftiger Generationen zentral, d.h. ihre Implikationen für den Schutz des Rechts auf Nahrung weltweit, sowie ihre Bedeutung für lokale Politikgestaltung. Ihre normative Auslegung in den Maastrichter Grundsätzen (seit 2023) liefert in der Bildungsarbeit mit Jugendlichen und jungen Erwachsenen eine Grundlage, um Visionen eines gerechten Ernährungssystems zu entwickeln.
Im Zuge des anstehenden Besuchs nutzen wir diese Perspektive, um aktuelle Entwicklungen in Indonesien und Österreich zu verknüpfen. Untenstehend finden Sie einen Überblick über die Termine und Inhalte der geplanten Veranstaltungsreihe. Sie finden alle in den Räumlichkeiten des österreichischen Ökologie-Instituts (Seidengasse 3/13, 1070 Wien) statt.

Dienstag, 24. November, 9:30 – 11:30 Uhr
Menschenrechte ins Ernährungssystem – Schulessen als Hebel
Hana Saragih (FIAN Indonesien), Mag.a Ursula Trübswasser, PhD (USTP), Dr. Manuel Schätzer (SIPCAN) und Julia Haas (Stadt Wien – Umweltschutz) liefern einen Einblick, wie Schulmahlzeiten zu einem gerechteren, gesünderen und nachhaltigeren Ernährungssystem beitragen können. Die Veranstaltung bringt Perspektiven aus Indonesien und Österreich zusammen und fragt, wie Schulverpflegung zu einem wirksamen Instrument für Ernährungsgerechtigkeit werden kann - und was es bedeutet, wenn Nahrung als Menschenrecht und nicht als Ware verstanden wird. Ein Fachgespräch über Schulessen, öffentliche Beschaffung, Governance und soziale Wirkung.

Dienstag, 24. November, 17:00 – 20:00 Uhr
Beyond the plate: Imagining the future of food through a Zine (in englischer Sprache)
Die Klimakrise gefährdet unsere Menschenrechte. Ganz besonders verschärft sie die Herausforderungen für das Recht auf Nahrung, d.h. für die Gewährleistung einer angemessenen, gerechten und gesunden Ernährung für alle. Weil kurzfristig gedachte Maßnahmen nicht nur unsere, sondern auch die Rechte künftiger Generationen ignorieren, fordern wir eine grundlegende Transformation unserer globalen Ernährungssysteme. Nach kurzen Impulsen von Ibit (FIAN Indonesien), die die Perspektiven eines jungen, bäuerlichen und aktivistischen Indonesiens nach Wien bringt, werden die Vision der Teilnehmenden für ein global gerechtes Ernährungssystem in selbst gestalteten Zines festgehalten. Zines sind mehr als nur kleine, handgemachte Hefte - sie werden seit Jahrzehnten von sozialen Bewegungen genutzt, um Ideen auszutauschen, mächtige Narrative infrage zu stellen und sich Gehör zu verschaffen.

Mittwoch, 25. November, 19:00 – 21:00 Uhr
Fighting for the Right to Food in times of global crisis: past, present, future (in englischer Sprache)
In Zeiten geopolitischer Unsicherheit, sich verschärfender globaler Krisen und zunehmender Angriffe auf die Menschenrechte und deren Verteidiger:innen laden wir Sie zu einer gemeinsamen Reflexion über die neuen und anhaltenden Herausforderungen und Chancen für das Recht auf Nahrung ein. Die unterschiedlichen Hintergründe und Ansätze der FIAN-Sektionen in Indonesien, Deutschland und Österreich sowie des internationalen FIAN-Netzwerks in ihrem Kampf für das Recht auf Nahrung werden Einblicke aus verschiedenen Perspektiven bieten. Mit diesem Gespräch würdigen wir das 40-jährige Engagement von FIAN International für die Verteidigung des Rechts auf Nahrung. Darüber hinaus feiert FIAN Indonesien während seines Besuchs in Wien sein 10-jähriges Bestehen und seinen Kampf für die Menschenrechte seit der Gründung im Jahr 2016. Anlässlich dieses Jubiläums werden wir darüber diskutieren, wie wir die globale Solidarität gemeinsam und wirkungsvoll stärken können. Hana Saragih (FIAN Indonesien), Insa Heinke (FIAN Deutschland), Yifang Slot-Tang (FIAN International) im Gespräch mit Lukas Schmidt (FIAN Österreich).

Wir freuen uns über Ihr Interesse und Ihre Teilnahme an den Veranstaltungen. Um Anmeldung wird gebeten unter office@fian.at.

Die Veranstaltungsreihe wird in Kooperation mit dem Österreichischen Ökologie-Institut und der ÖBV - Via Campesina Austria durchgeführt und im Rahmen von International Partnerships Austria von der Austrian Development Agency gefördert.

ICH UNTERSTÜTZE FIAN UND MÖCHTE:

- ☐ unverbindlich für ein Jahr Informationen per Post erhalten.
- ☐ regelmäßig Informationen per E-Mail erhalten.
- ☐ mich mit anderen Aktivist:innen engagieren.
- ☐ das FOODFirst Magazin abonnieren. (15 € jährlich, für Mitglieder kostenlos)
- ☐ FIAN-Mitglied werden. Mein jährlicher Beitrag soll sich belaufen auf:
  - ○ 52 €
  - ○ einen ermäßigten Beitrag: € .....
  - ○ einen erhöhten Beitrag: € .....
  - ○ und eine Einzugsermächtigung einrichten.
- ☐ Die Arbeit von FIAN
  - ○ einmalig ○ monatlich ○ jährlich
  - mit € ..... unterstützen.
  - ○ und eine Einzugsermächtigung einrichten.
- ☐ Ich bin FIAN Mitglied und möchte meinen Beitrag erhöhen um € ○ monatlich ○ jährlich

Name .....
Organisation .....
Straße .....
PLZ/Ort .....
E-Mail .....
Datum/Unterschrift .....

An
FIAN Österreich
Schwarzspanierstraße 15/6/18
1090 Wien

Ausfüllen, abtrennen und versenden oder mailen an: office@fian.at



Kurswechsel Heft 1: Food Charity: Lebensmittelpolitiken zwischen Mangel und Überfluss
Karitative Lebensmittelhilfen liegen an der Schnittstelle zwischen zwei zentralen Problemen der Gegenwart: dem Kampf gegen Armut sowie für die Reduktion von Lebensmittelabfällen. Doch können Einrichtungen wie Sozialmärkte und Lebensmitteltafeln der ihnen in diesem Rahmen zugeschriebenen Rolle gerecht werden? Und was hat das alles mit Ernährungsarmut, den Widersprüchen des neoliberalen Nahrungsregimes und jenen des sozialen Ehrenamts zu tun?
Alle Details und weitere Informationen zum Heft auf www.kurswechsel.at

Impressum

FIAN Österreich - Food First Magazin 2/2026

Herausgeber:in
FIAN Österreich
Schwarzsspanierstr. 15/6/18, 1090 Wien
Tel. 01-2350 239
E-Mail: office@fian.at
Internet: www.fian.at
ZVR: 937 480 634

Redaktion: Lukas Schmidt

Layout: Lukas Schmidt

Druck: druck.at, 2544 Leobersdorf

Fotos

Cover, Олександр К
S. 0, 8, 9, 10 , 12, 13 FIAN
S.3 Morgan Ody
S.4 Maria Alice dos Santos
S.6 comunicação | Juntos para servir
S.7 Julien Revenue- Terre Nourricérecpour TERRITOIRES A VIVRES
S.11 Theresa Ortbauer, Daniel Pöhlmann
S.17 Kurswechsel

Ausgabe 2/2026
Erscheinungsdatum: November 2026
Erscheinungsort: Wien, Verlagspostamt A-1090 Wien

Magazin für Mitglieder kostenlos
Abopreis 15 €, Förderabo 30 €

Spendenkonto
FIAN Österreich
IBAN: AT73 2011 1294 1590 3600
BIC: GIBAATWWXXX

International Partnerships Austria

Das Food First Magazin wird im Rahmen von International Partnerships Austria von der Austrian Development Agency gefördert.“ Die hier vertretenen Standpunkte geben die Ansicht der Herausgeber wieder und stellen in keiner Weise die offizielle Meinung der Fördergeber dar.

FIAN ÖSTERREICH

INT. MENSCHENRECHTS ORGANISATION FÜR DAS RECHT SICH ZU ERNÄHREN

Weltweit werden Menschen durch die vorherrschenden politischen, sozialen und wirtschaftlichen Strukturen systematisch daran gehindert, ihr Menschenrecht auf Nahrung durchzusetzen. FIAN setzt sich als internationale Menschenrechtsorganisation dafür ein, dass alle Menschen frei von Hunger sowie in Würde leben und sich eigenverantwortlich ernähren können. FIAN tut das auf Basis internationaler Menschenrechtsabkommen, insbesondere des Paktes über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte.

Mit 21 Sektionen und Koordinationen und Mitgliedern in 50 Ländern ist FIAN weltweit präsent. Seit 30 Jahren wirkt die Arbeit von FIAN lokal, national und auf internationaler Ebene. Als FIAN Österreich zeigen wir die Mitverantwortung der österreichischen Politik und Unternehmen am weltweiten Hunger auf. Von ihnen fordern wir bei Verletzungen des Menschenrechts auf Nahrung Rechenschaft ein.
FIAN engagiert sich in konkreten Fällen vor Ort. Gleichzeitig setzen wir uns für politische Rahmenbedingungen ein, die Menschenrechte zum Maßstab haben.

FIAN Österreich
Schwarzspanierstraße 15/6/18
1090 Wien